

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/177

17. September 1975

Regierung baut auf Einsicht der mündigen Bürger

Oppositionspolitik würde die Wirtschaftskrise noch verschärfen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Kein Neuausender des Herrn Dr. Kohl !

Die SPD macht beim ZDF keine Eroberungspolitik

Von Hermann Heinemann

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der Unterkommission Rundfunkpolitik der Kommission Massenmedien

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Die Stimme der Opposition

Zum politischen Rollenverständnis des CDU/CSU-Fraktionschefs

Seite 5 / 34 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Professor Steinbuch: 1975 und 1969

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausellen 2-16
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telek: 08 98 848-48 pbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Regierung baut auf Einsicht der mündigen Bürger

Oppositionspolitik würde die Wirtschaftskrise noch verschärfen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Bundestages

Sparen will die Opposition - nur die Steuererhöhungen ab 1977 kann sie nicht akzeptieren. Damit bleibt die CDU/CSU ihrer alten Linie treu: Sie richtet sich nach Wähler-Gefühlen und postuliert, was schick und opportun erscheint, auch wenn es ökonomischer Unsinn ist. Aber selbst in den Reihen der Regierungsparteien gibt es "Heißsporne" - wie der Bundeskanzler sagte -, die in einen Sparreusch versinken könnten.

Politisch lassen sich die Sparbeschlüsse sicherlich nur in der heutigen Situation durchsetzen. Bei 39 Milliarden DM Kreditaufnahme zur Finanzierung des Bundeshaushaltes ist es für die meisten Bürger verständlich, daß kräftig gespart werden muß. Es soll sogar Bürger geben, die bereit sind, Kürzungen am eigenen Einkommen hinzunehmen.

Wirtschaftspolitisch ist Sparen in der heutigen Situation aber wenig sinnvoll. Die Privaten sparen zu viel und die Nachfrage ist in der Volkswirtschaft viel zu gering. Wer, wie die Opposition, noch mehr sparen will, läuft Gefahr, die Fehler der Jahre 1931/32 zu wiederholen und die Wirtschaft tiefer in die Krise zu treiben.

Die Erhöhung der indirekten Steuern, wie sie für 1977 beschlossen wurde, ist dagegen aus der heutigen Sicht wirtschaftspolitisch vernünftig. Sie könnte den einen oder anderen zum Kaufen ermuntern; denn über die Folgen

17. September 1975

der Steuererhöhung im Preisbereich sollte man sich keiner Illusionen hingeben. Eine indirekte Steuererhöhung, die auf die Preise weitergewälzt wird, hält auch keinen Unternehmer von Investitionen ab. Eher schon eine direkte Steuererhöhung, die dazu führen würde, daß ein eventuell anfallender Gewinn stärker beschnitten wird. Aber davon hat die Regierung Abstand genommen.

Ob der Beschluß über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum jetzigen Zeitpunkt politisch richtig war, werden die Bundestagswahlen im Oktober nächsten Jahres zeigen. Opportun ist diese Ankündigung sicherlich kaum. Die Opposition sagt opportunistisch "nein" zu jeder Erhöhung. Sie verhält sich ähnlich wie 1965, als sie in der Regierungsverantwortung vor den Wahlen die Steuern für alle Bürger senkte und hinterher diese Senkung rückgängig machen mußte. Jetzt lehnt die CDU/CSU eine Erhöhung ab und würde sie mit ziemlicher Sicherheit nach den Wahlen durchführen müssen, falls sie dann zu entscheiden hätte. Sie praktiziert nach wie vor die "Gefälligkeitsdemokratie": den Anschein erwecken, daß man allen Wählern nur Gutes tun kann. Diese Gefälligkeitspolitik muß zwangsläufig unsere freiheitliche Demokratie zerstören.

Die CDU/CSU hat also keine Konzeption und keine Alternativen. Den Wählern nur zu sagen, daß "wir gegen Steuererhöhungen sind", reicht nicht aus. Noch mehr sparen ist jedoch in der augenblicklichen Lage wirtschaftspolitisch Unsinn. Die Wähler haben ein Recht darauf, auch von der Opposition zu erfahren, wie sie die Lücke im Bundeshaushalt schließen will. Die Regierung geht politisch einen neuen und nicht ungefährlichen, aber mutigen Weg. Sie sagt den Bürgern vor den Wahlen die Wahrheit. Die ökonomische Vernunft hat sie dabei auf ihrer Seite. Sie baut mit ihrem Konzept auch auf die politische Einsicht der mündigen Bürger.

(-/17.9.1975/ks/ee/ben/ja)

+ + +

Kein Heussender des Herrn Dr. Kohl !

Die SPD macht beim ZDF keine Eroberungspolitik.

Von Hermann Heinemann

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der Unterkommission
Rundfunkpolitik der Kommission Massenmedien

In diesen Tagen hat man, wenn man die Zeitungen liest, den Eindruck, Rundfunkpolitik falle in den Bereich der Post, Abteilung Pakete. Von "elendem Proporz" ist die Rede und von "Kuhhandel hinter den Kulissen", von erdrückendem Einfluß der Politiker, der an allem und auch am dünnen Sommerprogramm des Fernsehens schuld ist. Das auf andere postalische Dienste, auf den Fernsprechverkehr spezialisierte Magazin "Stern" meinte sogar, der NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn und der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl als medienpolitische Zweifeltätigkeit seien am abnehmenden Mut der Journalisten schuld. Vor vermeintlichem Proporzgerangel verblassen die eigentlichen rundfunkpolitischen Ungeheuerlichkeiten, die das Engagement der Journalisten gefährden: Die Pressionen aus München, aus Stuttgart und - dezenter - aus Kiel und aus Mainz.

Das Problem ist mit dem hochgemuten Satz "Proporz führt in die Irre" nicht gelöst. Natürlich muß es einen gewissen Proporz an der Spitze von Rundfunkanstalten geben, damit aus den öffentlich-rechtlichen Anstalten keine Kampfeender werden. Die CDU/CSU vergißt bei diesem Thema nur leider sehr bewußt, daß sie in manchen angeblich "roten" Anstalten noch mit ihr angehörenden Persönlichkeiten auf der Direktorenebene vertreten ist, während mehr konservativ geführte Anstalten in der Spitze, bis herab zur dritten Ebene, überhaupt keinen sozialliberal denkenden Menschen mehr vorzeigen können: von Sozialdemokraten ganz zu schweigen. Solcher Proporz ist keine Sache von primitiven Rastern. Im Gegenteil. Wo Persönlichkeiten - wie beim WDR mit Klaus von Bismarck und Werner Köfer - gefunden wurden, die nicht schlenkweg zu einer Partei verrechnet werden können, gehen plumpe Proporzforderungen à la Windelen und Kuppier in die Irre. Außerdem muß man

nicht nur nach der politischen Haltung der jeweiligen Persönlichkeiten fragen, sondern auch nach ihrer Amtsführung. Eine einseitige Ausübung von Spitzenpositionen macht dann die Frage von Proporz viel relevanter, als wenn ein Intendant versucht, die ihm anvertraute Anstalt nach den Grundsätzen von Fairness und Unabhängigkeit zu leiten.

Bei den anstehenden Problemen beim Zweiten Deutschen Fernsehen klingt bei manchen CDU-Politikern und ihnen nahestehenden Presseveröffentlichungen die "Sorge" mit, die BFD wolle aus einer unabhängigen Anstalt eine sozial-liberale Orientierte machen. Nun weiß die Mehrzahl der Bevölkerung, die in einer Umfrage die ZDF-Programme als überwiegend konservativ schilderte, Bescheid, daß es sich beim ZDF keinesfalls um eine in allen Bereichen völlig unabhängige Fernsehanstalt handelt. Darüber täuschen auch kleine Tricks nicht hinweg, die von Unions-Politikern versucht werden. Jüngst bemühte sich Christian Schwarz-Schilling (CDU Hessen) in der Sendung "Pro und Contra", den ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal als einen nicht parteigebundenen Journalisten hinzustellen. Wer die manchmal fast belustigende Einseitigkeit seiner Sendungen kennt, hält dies für das, was es wohl auch ist: ungeschickte Schönheitsoperationen am falschen Objekt.

Ähnliches wurde in einem Artikel versucht, den offensichtlich die CDU-Staatskanzlei Mainz inspiriert hatte und der unter der Überschrift "Der Proporzhandel beim ZDF" erschien. Hier wird davon geredet, daß die CDU großzügigst den Fernsehratsvorsitz an die SPD abgeben wolle - daß im Verwaltungsrat der CDU-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Dr. Kohl den Vorsitz führt, was sicher nicht zum besten politischen Stil gehört, wird unterschlagen. Weiter: Das ZDF sei eine Länderanstalt und im Bundesrat habe schließlich die CDU die Mehrheit - von der 6:5-Mehrheit der Sozialdemokraten in der Ministerpräsidentenkonferenz ist natürlich keine Rede, obwohl nicht der Bundesrat, sondern die Ministerpräsidenten als Väter des ZDF anzusehen sind. Vorsorglich dementiert die CDU in diesem Artikel auch, daß die CDU das ZDF "beherrsche", obwohl dies so primitiv gar nicht behauptet worden ist.

Die Wirklichkeit beim ZDF sieht freilich für Sozialdemokraten düster aus. Neben dem äußerst mächtigen und in kleinste Programmentscheidungen hineinregierenden Intendanten gehören von den vier Direktoren zwei der CDU respektive der CSU an. Und wer die Nachrichtensendungen des ZDF sorgsam sieht, stellt hier fest, wie weitgehend sich so etwas auswirken kann. In allen wichtigen Stebefunktionen des ZDF (Programmplanung oder Produktion, Justizariat oder Presse und Information) gibt es überhaupt keine sozial-liberal denkenden Persönlichkeiten.

Kein verantwortlicher Sozialdemokrat will nun eine Rundfunkpolitik vom Schlage Echternach oder Windelen betreiben. In der Personalpolitik gilt das Wort von Heinz Kühn: "Leistung vor Gesinnung". Das Beispiel NRD, wo die CDU diese Rundfunkanstalt in eine langwierige Krise gestürzt hat und sich manche Einflußmöglichkeit im Sender auf Kosten des Senders ertriotzt hat, reizt die SPD nicht zur Nachahmung. Aber: Die SPD wird sich auch nicht übertölpeln lassen. Sie bleibt dabei, daß beim ZDF sozialliberale Positionen seit Gründung der Anstalt vernachlässigt wurden. Dagegen setzen wir keine parteipolitischen Engstirnigkeiten, sondern die Forderung, mehr unabhängige und für fairen Journalismus engagierte Persönlichkeiten zu unterstützen. Das ZDF ist nicht der Haussender des Herrn Dr. Kohl.

(-/17.9.1975/ka/ee/ja)

+ + +

Die Stimme der Opposition

Zum politischen Rollenverständnis des CDU/CSU-Fraktionschefs

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Prof. Dr. Karl Carstens, hat in seiner langen Rede, mit der er am Mittwoch auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers antwortete, nicht sehr viel, aber doch auch etwas Bemerkenswertes gesagt. Mit seinem unnachahmlichen Tremolo und dem erst kürzlich vor dem CSU-Parteitag in München so erfolgreich dargebotenen Pathos rief er aus: "Das deutsche Volk braucht die Stimme der Opposition!"

Jede Demokratie braucht unbedingt als Gegenkraft zum Regierungslager die Opposition, vor allem in schweren Zeiten. Das kann man nicht oft genug veranschaulichen. Aber was der gegenwärtige bayerische Oppositionsführer aufzuzeigen vermochte, war leider nichts anderes als die Tatsache, daß es dem deutschen Volk im Parlament eben an einer solchen Kraft gebricht.

Der Bundeskanzler hat in einer logisch unanfechtbaren Analyse die bestehende wirtschafts- und finanzpolitische Situation unseres Staates offengelegt und klar den Weg gezeigt, auf dem die Bundesregierung das Land aus der von der weltweiten Rezession verursachten Krise herausführen und neuen ökonomischen Aufschwung ermöglichen wird. Er legte detailliert dar, daß dieses Programm von Notwendigkeiten und Zwängen verordnet, aber von dem übergeordneten Gedanken sozialer Gerechtigkeit bestimmt wird.

Es fällt dem Beobachter schwer, von der Opposition billigerweise Alternativen zu diesem Katalog politischer Ratio und sozialen Verantwortungsbewußtseins zu fordern. Aber er kommt auch nicht umhin, eine Opposition, der es ganz auffallend an solchen Alternativen fehlt (was gar nicht ihre Schuld sein mag), die jedoch eine handlungsfähige Regierung, die für ihren Mut Respekt verdient, mit abgeschmackten Polemiken zu verunglimpfen versucht, verantwortungslos zu nennen.

Carstens Beitrag vor dem Parlament enthielt keinerlei sachliche Substanz und erinnerte auch im Niveau an seine Darlegungen, mit denen er sich in München bei der CSU so angenehm einführte; er war dagegen ein Musterbeispiel politischer Unredlichkeit und des Mißverständnisses oppositionellen Rollenverhaltens. Nicht das Prinzip demokratischer Solidarität, die Strategie von Sonthofen wurde hier als verpflichtend angesehen.

Von einer solchen "Stimme der Opposition" läßt sich das deutsche Volk nicht gerne etwas sagen.

Claus Preller
(-/17.9.1975/ka/ee/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Professor Steinbuch: 1975 und 1969

Prof. Dr. Ing. Karl Steinbuch hat in seiner Rede vor dem Münchner CSU-Parteitag angedeutet, daß er in Bayern vor nur sechs Jahren schon einmal ganz anders geredet hätte. Dies ist auf dem Landesparteitag der SPD in Ingolstadt am 20. Juni 1969 geschehen. Mit der Floskel, damals habe auch er "an die Sprüche der SPD geglaubt", versuchte Prof. Steinbuch jetzt darüber hinwegzutäuschen, daß er damals, also vor nur sechs Jahren, genau das positiv und engagiert vertreten hatte, was er heute im Strauß-Jargon verteuftelt.

Einige Kostproben mögen beweisen, wie "überzeugend" dieser Professor Steinbuch ist.

In seiner Münchner Rede vor dem CSU-Kongreß meinte er am 12. September 1975: "Wer den Aufbau unseres Staates und seiner Wirtschaft bewußt miterlebt hat, zweifelt daran nicht: Sie entstanden überwiegend aus den Grundsätzen und der Regierungspraxis der CDU/CSU. Dies gilt uneingeschränkt für die soziale Marktwirtschaft, die unseren hohen Wohlstand begründete und die staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten sinnvoll macht."

Vor sechs Jahren hatte Prof. Steinbuch die Regierungspraxis der CDU/CSU allerdings ganz anders "bewußt miterlebt". Er meinte in seiner Ingolstädter Rede z.B.:

"Jahrzehnte konservativer Politik haben die Lösung wichtiger sozialer Fragen versäumt..."

"War die literarischen Ergüsse unserer CDU-Prominenz als Maßstab nimmt - von Konrad Adenauer bis Rainer Barzel -, dem ist es keine Frage mehr, ob wir heute noch das Volk der Dichter und Denker sind."

"Die bisherigen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik führten dazu, daß uns als Repräsentanten dieses Staates Menschen von unerträglicher

intellektueller und moralischer Unzulänglichkeit vorge setzt wurden. Man sollte sich darüber im klaren sein, daß solche 'Vorbilder' wie Lübke, Gerstenmaier und andere in unserem Volke und insbesondere in unserer Jugend eine schreckliche Wirkung haben. Hier werden 'Vorbilder' vorgestellt, die das Verhältnis der Jugend zu diesem Staat vergiften... Solche 'Vorbilder' haben eine bleibende Nachwirkung, noch in zehn, zwanzig oder dreißig Jahren werden die Menachen die Narben eines verletzten Verhältnisses zu unserer Gesellschaft mit sich tragen."

"Die Intelligenz ist in unserem Lande in der Situation eines intelligenten Rekruten unter der Fuchtel eines dummen Korporals."

"In unserer Gesellschaft wurde durch die Exponenten der CDU eine verhängnisvolle Ideologie begründet: Man sagte, Planung und Freiheit schlossen sich gegenseitig aus."

"Die Überwindung der Ideologie der Planlosigkeit ist vorwiegend ein Verdienst der SPD."

Bezeichnend ist auch, was Prof. Dr. Karl Steinbuch heute und vor sechs Jahren über Erziehung und Universitäten zu sagen hatte.

Vor der CSU im September 1975: "Da wurden Kinder zum Haß gegen ihre Eltern und ihr Volk manipuliert, fanatisch und neurotisch gemacht."

Vor der SPD im Juni 1969: "Es beginnt schon mit der Vorschulerziehung, die nur in Ausnahmefällen die geistige Entwicklung fördert, meist aber fromme und gehorsame Untertanen heranzieht... Der Zustand unseres Schulsystems ist schlecht, der Zustand unserer Universitäten ist noch schlechter."

Vor der CSU im September 1975: "Aber dies gilt offensichtlich nicht überall; beispielsweise nicht an den Universitäten, in denen mit Billigung oder Zustimmung sozialdemokratischer Politiker die einst selbstverständliche geistige Freiheit eingeschränkt oder beendet wurde und sozialistische Kadenschmieden entstanden."

Vor der SPD im Juni 1969: "Was an unseren Universitäten gegenwärtig geschieht, ist grotesk: Nachdem die Studenten und eine Minderheit progressiver Professoren seit vielen Jahren eine grundlegende Universitätsreform in loyaler Weise vorschlugen und trotzdem praktisch nichts geschah, wurden die hierfür tatsächlich oder erscheinend Verantwortlichen - die Kultusverwaltungen und die Professoren als Gesamtheit - derartig unglaubwürdig, daß gegenwärtig eine rationale Diskussion über die Universitätsreform kaum möglich ist."
(-/17.9.1975/ks/ee/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller